

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung im Haus für Deutschland 4.- M., bei Fernlieferung monatlich 4.80 M., bei Fernlieferung unter Postdruck für Deutschland 6.30 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen die abgegebene Zeilenbreite oder deren Raum 1,20 M., Wortzeilen bei 10 Spalten Breite 80 Pl., jedes weitere Wort 25 Pl., Erwerbungsbeitrag 70 Proz. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen 100% der Zeitung fest. Inserate für den Sonntagsausgaben Tag müssen spätestens die 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Druckerei-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ergebnis der Londoner Konferenz

Keine Verhandlungen mit Rußland.

T. U. Basel, 15. Dezember.

Der Korrespondent der „Nationalzeitung“ telephoniert aus Paris, daß die Londoner Konferenz vorgestern, Sonnabend, abend 1 Uhr nach dreitägiger Dauer beendet worden ist. Ueber ihre Ergebnisse liegen offiziell keine Mitteilungen vor, doch werden als Resultate aufgezählt:

1. Die Forderung: England und Frankreich erkennen die Okkupation von Rußland nicht an;
2. die amerikanischen Vorbehalte: England und Frankreich bestehen darauf, daß der Versailler Vertrag bzw. ähnlich von den Vereinigten Staaten ratifiziert werde;
3. Rußland: Mit der Sowjetrepublik wird nicht verhandelt;
4. Türkei: Die dringende Erzielung der ganzen türkischen Frage soll unverzüglich in die Hand genommen werden.

H. N. London, 15. Dezember.

Die Teilnahme des amerikanischen Gesandten an der gestrigen Konferenz hat die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt und die Vermutung wachgerufen, daß die auf dieser Konferenz verhandelten Fragen von größerer Bedeutung sind als die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen England und Frankreich seien.

Am Montag oder Dienstag wird im Unterhaus eine Erklärung Lloyd Georges erwartet, die über den Verlauf dieser Konferenz Aufschluß gibt. In gleicher Zeit erwartet man die Veröffentlichung einer französischen Bekanntmachung, die sich namentlich auf die wirtschaftlichen Fragen bezieht.

Das neue Militärabkommen der Entente.

T. U. Mailand, 15. Dezember.

Nach Meldung eines hiesigen Blattes wurde anlässlich des Zusammenkommens von Clemenceau, Lloyd George und Salasjo in London ein Abkommen getroffen, demzufolge Belgien und Italien im Militärabkommen an die Stelle der Vereinigten Staaten von Nordamerika treten werden. Das Militärabkommen wird somit in ein französisch-englisch-belgisch-italienisches Abkommen umgewandelt.

Diktatur Rosse.

Die Ausgabe des Hauptmanns Schwabacher im Marlow-Prozess, daß Rosse unter Verletzung der Immunität der Abgeordneten die unabhängigen Abgeordneten habe verhaften lassen wollen, ist von der Presse ebenso mit Aufmerksamkeit aufgenommen worden, wie die Anfrage, die der Genosse Brunet in der Nationalversammlung über diese Angelegenheit gestellt hat. Selbstverständlich hat der „Vorwärts“ die Führung bei dieser parlamentarischen Dinge, die für die Diktatur Rosse konzipiert sein könnten, durch in nicht von den literarischen Rossegardisten im „Vorwärts“ den Arbeitern mitgeteilt werden. Mit erfreulicher Deutlichkeit sagt der Reichstagsabgeordnete Hans Deub, der auf dem linken Flügel der Partei steht, in der demokratischen „Welt am Sonntag“, auch in dieser Beziehung seine Meinung über das Rosserregiment:

Der Junge Schwabacher hat ausgesagt, daß Rosse vor der Unterzeichnung des Friedens eine Liste von Namen aufgestellt hatte, die verhaftet werden sollten, wenn die Unterzeichnung abgelehrt würde; — damit rechnete also Rosse auf die bekanntlich hinterher gekommen; Rosse hat vor der Unterzeichnung angeordnet, daß seine Generale nach den damaligen Kriegsminister Groener geschickt werden sollten. Für den Fall der Ablehnung des Friedensvertrages war Rosse mit seinen Generalen im Einvernehmen; es war eine lange Verhaftungsliste von Friedensfeinden aufgestellt, darunter die unabhängigen Abgeordneten. Also Rosse wollte die Unabhängigen der Abgeordneten mißhandeln, ein Grundrecht der Demokratie mit Füßen treten, und nur, weil es anders kam, ist Rosse nicht geworden. Er ist aber noch Minister, und der Reichspräsident Groh-Verlin schickt ihn vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Widdel Ja, wer ist das in Wahrheit?

Es muß in diesem Zusammenhang nachgetragen werden, daß die Ausgabe des Hauptmanns Schwabacher keineswegs in die politische Sphäre

rückte Rosse geschickte. Pfarrer Rumb sagte im Marlow-Prozess u. a. aus, Rosse habe ihm erklärt, Marlow dürfe die Wahrheit nicht sagen und müsse alle Schuld auf sich nehmen, weil eine Verhandlung zur Zeit unmöglich sei. Und nun folgte die Begründung:

„Wir würden“, sagte Rosse, „in einigen Wochen eine unabhängige Regierung haben, die dann von einer Diktatur regiert wird mit der Diktatur Rosse abgelehnt würde und dann könnte man ja verhandeln.“

Die Unterredung, über die hier berichtet wird, fand kurz nach dem Erscheinen des Artikels „Gute Zeiten für Marlow“ in der „Freiheit“ statt. Es kann sich also nur um die ersten Unterredungen des Friedens geführt wurde. In der rechtssozialistischen Presse wurde damals bekanntlich mit allem Nachdruck gefordert, daß die Unabhängigen die Unterzeichnung des Friedens forderten, auch die Regierung übernehmen müßten. Welche Absicht dieser Forderung zugrunde lag, geht aus den Worten des Herrn von Rosse ebenso deutlich hervor, wie aus den u. a. dieselbe Zeit amfertigten Gaststätten des Reichsorganisationsministers Rosse. Die Vorbereitungen für den Sturz der von den Rechtssozialisten geforderten unabhängigen Regierung waren bereits damals getroffen. Die kaiserlichen Offiziere in der Reichswehr warteten nur auf diesen Augenblick, um eine Rechtsregierung mit der Diktatur Rosse aufzurichten zu können, die ihnen dann die Möglichkeit gegeben hätte, alle ihre verbrochenen Pläne reiflich zu verwirklichen.

Nur die Rakete unserer Partei während der kritischen Wochen vor der Unterzeichnung des Friedens hat diese Staatsstreichpläne vereitelt. Es steht jedoch fest, daß diese Pläne gekniet wurden mit Billigung und Förderung seitens des Reichswehrministers Rosse. Er hat sich nicht nur in kühnster Weise über die angeblich von ihm vertretene „Demokratie“ hinweggesetzt, indem er Vorbereitungen für die Verhaftung der unabhängigen Abgeordneten traf, er hat vielmehr auch im Bunde mit seinen kaiserlichen Offizieren daran mitgearbeitet, den monarchistischen Staatsstreich, der unter der Maske einer Diktatur Rosse unternommen werden sollte, die Wege zu ebnen.

Die Danziger Stadtverordnetenwahlen.

Danzig, 15. Dezember.

Bei den gestrigen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung wurden in 132 Bezirken insgesamt 89 000 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Deutsch-nationale Partei 18 251 Stimmen, gewählt 14 Abgeordnete, Polen 7391 Stimmen, 8 Abgeordnete, vereinigtes sozialdemokratische Partei 26 854 Stimmen, 20 Abgeordnete, Zentrumspartei 11 271 Stimmen, 8 Abgeordnete, Deutschdemokratische Partei 12 032 Stimmen, 9 Abgeordnete, Wirtschaftliche Vereinigung 13 101 Stimmen, 10 Abgeordnete.

Der Wahlausfall zeigt gegen die Januarwahlen einen starken Rückgang der Wahlbeteiligung und auch der sozialistischen Stimmen. Er ergaben in Danzig-Stadt im Januar 11 unabhängige 7825, Rechtssozialisten 87 407, zusammen also 45 232 Stimmen, während es jetzt die vereinigten sozialistischen Parteien nur auf 26 854 Stimmen brachten. Einen starken Ausschlag erleiden auch die Demokraten, die im Januar 27 217 Stimmen erhielten, also über die Hälfte Stimmen verloren. Nur Deutsch-nationale und Zentrum haben ihren Bestzustand ungefähr gewahrt.

Unabhängiger Wahlsieg in Grefeld.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Grefeld erhielt unsere Partei 13 Sitze, das Zentrum 29, der Bürgerblock 12 und die Rechtssozialisten ebenfalls 12 Sitze.

Diese Wahl bedeutet einen glänzenden Erfolg für unsere Partei.

Höring — Oberpräsident von Sachsen.

Reichs- und Staatskommissar Höring, der mit Hilfe des Belagerungsstaates Schlesiens regierte und gänzlich Schiffsbruch erlitt, soll Oberpräsident der Provinz Sachsen werden.

Die Kopie des alten Regimes wird bis ins Kleinste gewahrt. Wer sich blamiert, fällt die Treppe herunter.

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten.

Von Otto Jensen.

Das Erstarken der Reaktion, das nicht zuletzt keinen Grund hat in dem Erstarken des Kapitalismus trotz der furchtbaren Niederlage des Krieges, in der Anpassung der Kapitalisten an die jetzige Lage und in der Abwälzung der Verantwortung für das ungeheure Elend auf die Revolution und die unfruchtbare Herrschaft des Proletariats erzeugt ein Einigungstreiben in den Massen der Arbeiterklasse.

Die offenkundigen Demonstrationen, der Uebermut der Militärs und Studenten erweckt Unzufriedenheit und Gärung in den Massen und läßt die Erwartung des Proletariats in ihrer verhängnisvollen Wirkung den Arbeitern klar werden. Daher die Verichte von Einigungsverhandlungen und der Wunsch nach Herstellung der sozialistischen Einheitsfront.

Soll dieses Streben wirklich von Erfolg gekrönt sein, so darf man sich nicht von frommen Wünschen leiten lassen und sich keine Illusionen machen. Die Spaltung ist die Folge der Kriegspolitik der Rechtssozialisten, die sie etwas verändert nach Ausbruch der Revolution fortgesetzt haben. Es gilt, diese Politik in ihren Ursachen und Wirkungen zu erkennen, um zu begreifen, daß ein radikaler Bruch mit dieser Politik die Vorbedingung aller Einigungsbestrebungen sein muß, die zu dauernden Ergebnissen führen sollen.

Einen Rückblick auf die Kriegspolitik der Rechtssozialisten, der gerade heute Beachtung verdient, liefert Heinrich Ströbel in seiner Schrift „Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten“ (Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. B., 68 Seiten, Preis 2 M.).

Der größte Teil dieser Schrift entstand während des Krieges als eine Denkschrift zur Kritik der offiziellen Politik der Partei, konnte aber damals nicht veröffentlicht werden. Er behält auch heute seine volle Bedeutung, und die Darstellung wirkt um so frischer und lebendiger, da sie den Stempel des Kampfes gegen die burgfriedliche Politik der Mehrheit trägt. Dabei ist es nicht eine bloße Sammlung von Anklagen, sondern Ströbel sucht das Verhalten der rechtssozialistischen Führer auf ihrer falschen Politik zu begreifen und bekämpft diese Abirrung vom Wege des Sozialismus und des Marxismus.

Es ist das Kennzeichen dieser Politik, daß sie ihre Selbständigkeit verloren hat. An die Stelle des Klassenkampfes tritt die Anpassung an die jeweilige Lage, an die Politik der herrschenden Klassen, an die augenblickliche Stimmung der Massen. Anpassungspolitik erhebt die von wissenschaftlicher Voraussicht geleitete Parteipolitik. In einer Fülle von Beispielen, die ja leicht noch vermehrt werden können, beleuchtet Ströbel diese Unselbständigkeit und Haltlosigkeit, die sich mit den vor dem Kriege besetzten Grundrissen in krassen Widerspruch setzt. An Stelle schärfster Kritik am Militarismus, seiner Denkweise und Moral trat ein blinder Autoritätsglaube, eine gläubige Verurteilung für alle Kundmachungen des Generalstabs. Man war taub für alle sachlichen, strengsten Erwägungen, selbst nach der Marneischlacht. Das Wort von Ernst Reimann: „Ach gebe zu Hindenburg“ kennzeichnet diese Seelenverfassung, die im Götterdienst des kaiserlichen Hindenburg ihren symbolischen Ausdruck fand. Diese Militärgläubigkeit war nur ein Teil jener Kriegsschuld, der weite Parteilokale verfielen, jener kritiklosen Kriegsbeneidung, der die Führer nicht wehrten, sondern die sie vielfach schürten, noch zu einer Zeit, als der erste Kriegesrausch verfliegen und die wahre Gestalt des Weltkrieges jedem politisch Geschulten offenbar wurde. Man hätte sich aber in eine Politik hineintreiben lassen, deren Konsequenzen immer weiter zum Nationalismus und Imperialismus führten. Die unbequeme Kritik konnte man nicht entkräften, daher mußte sie mundtot gemacht werden mit den Mitteln des Militarismus und der herrschenden Klassen. Kampf gegen die Demokratie in der Partei, Erdrosselung der Opposition, Demokratisierungskampfe an Stelle wirklicher Volksherrschaft, das waren die Früchte jener Politik. Hier liegt die moralische und geistige Kriegsschuld der Führer der Rechtssozialisten.

Mag man selbst den Kriegesrausch der ersten Monate vergeihen, so konnte, ja mußte ein Sozialist die tatsächliche

Böge erkennen, nachdem sich das Wesen des Krieges als Modifikation des Imperialismus enthielt. Die Willkür eines sozialistischen Politikers ergaben sich unabweisbar aus dieser Erkenntnis: Rückkehr zum Klassenkampf, selbständige proletarische Politik, Bekämpfung des Einflusses nationalitätlicher bürgerlicher Gedankenansätze auf die Arbeiterklasse, Betonung des internationalen Standpunktes, rücksichtsloser Widerstand gegen die Säbelherrschaft im Innern. Hier verlagte die Mehrheit, zu Charakteristikum, um ihren Fehler einzugestehen, zu sehr betonen in dem Gedanken des reinen Reformismus, der keine Revolutionen und Katastrophen anerkennen wollte, nicht geschildert im großen politischen Denken, wursteten die parlamentarische Vertretung, die Journalisten und die Parteiführer von Tag zu Tag fort, sich immer anpassend, immer den Ereignissen nachhinkend, bis Scheidemann noch im letzten Augenblick die Republik verkündete und sich auf den Boden der Revolution stellte, die bis zum letzten Augenblick er und der „Vorwärts“ bekämpft hatten.

Diese Entwicklung vom 4. August 1914 bis 9. November 1918 schildert in ihren Hauptzügen Ströbel so anschaulich, wie man nur Selbsterlebens beschreiben kann. Gerade darin liegt der Wert dieser Abrechnung, daß sie nicht kleinlich, persönlich, rachsüchtig ist, sondern gerade durch die persönlichen Erlebnisse den Gang der Ereignisse zu erläutern und die Folgerichtigkeit der rechtssozialistischen Politik nach ihrer Abirringung von den Grundzügen sozialistischen Klassenkampfes zu erklären sucht. Daher erscheint das heutige Verhalten der rechtssozialistischen Regierungsglieder, Parlamentarier und Pressevertreter nur als eine Fortsetzung ihrer Kriegspolitik, modifiziert durch die Revolution, aber in ihrer Anpassungsfähigkeit und Galtlosigkeit, in ihrer Liebdienerlei gegenüber dem Bürgertum nicht unterschieden von der Haltung zur Zeit des wilhelminischen Burgfriedens.

Diese Politik über ihre Verteidigung treibt heute noch Willen, wie die Jubiläumsschrift Friedrich Stampfers, des „Vorwärts“-Redakteurs und Kämpfers gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles. Die Revolutionsstheorie dieses begabtesten Journalisten und eifrigen Verfechter der Kriegspolitik der Mehrheit gipfelt in folgenden Sätzen:

Während nun in früheren Revolutionen die Arbeiterklasse, ob sie wollte oder nicht, gar nichts anderes sein konnte als ein Volkstrupp, dem die eigentlich zur Herrschaft berufene Bourgeoisie nachrückend und befehlend folgte, die innere Auseinandersetzung der Revolution also sich zwischen zwei vertriebenen Klassen vollzog, hat sich diesmal der Konflikt zwischen dem Volkstrupp und der nachrückenden Hauptmasse innerhalb der Arbeiterklasse vollzogen, auch die Hauptmasse bestand, wie die Vorhut, aus deutschen Arbeitern. So schmerzhaft dieser Konflikt nun auch ist, so zeigt er doch einen Höhepunkt der Entwicklung an, der bisher noch niemals erreicht worden ist.

Die tragische Ausprägung ist dieselbe wie in anderen Revolutionen. Ein sich überschneidender Idealismus muß den ersten Teil des Werks vollbringen, ein seiner Zeit gerecht werdender schöpferischer Realismus den zweiten. Die revolutionäre Realpolitik der Sozialdemokratie kämpft gegen den revolutionären Idealismus anderer sozialistischer Arbeitergruppen, und es besteht für uns kein Zweifel daran, daß sie dabei das weitere fortgeschrittenere Element darstellt.

Manche, als Vertreter des sozialdemokratischen Realismus, das ist in der Tat ein Höhepunkt theoretischer Einsicht, die als fortgeschrittenes Element einer revolutionären proletarischen Politik einzig dasteht.

Diese Rückschau auf die Kriegs- und Revolutionspolitik der Rechtssozialisten muß uns skeptisch stimmen gegen den Einigungswillen der führenden Politiker dieser Partei. Soll die Einigungsparole nur dazu dienen, ihnen augenblicklich aus der Verlegenheit zu helfen, oder erkennt man wirklich die grundsätzliche Verfehltheit der bislang betriebenen Anpassungs- und Gelegenheitspolitik? Ein Ant-

wort auf diese Frage ergibt ein Artikel von Erich Ruttner in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 18. November. Ruttner bespricht unter der Überschrift „Ein Einigungsprogramm“ die Forderungen der Zentralkomitee für Einigung, ein Programm, das ihm sehr sympatisch ist. Ruttner ist natürlich auch für Demokratie, für Volkswahl, für eine sozialistische Regierung, aber alles mit Vorbehalt. Volkswahl ist heute nicht möglich wegen der Spaltung, Klasse muß uns erhalten bleiben, wenn nur die Offizierseliquie beilegt wird, der Belagerungszustand wird vertrieben, sobald die Einigung da ist. Hauptsache, baldmöglichste Bildung eines Einheitsblocks der Sozialisten für die kommenden Reichstagswahlen, dann wird sich das weitere alles finden: Nicht indem wir sagen, „erst heraus damit, dann Einigung“, kommen wir dem Ziel näher, sondern nur gefehlt muß die Parole lauten: „Einigung aller, die dieses Ziel erstreben, damit wir es erreichen!“

Uns hingegen haben die Erfahrungen fünf bitterer Jahre gelehrt, daß bei der Anpassungsfähigkeit der Rechtssozialisten, bei ihrer Gebundenheit an das Bürgertum und ihr opportunistisches Denken es heißen muß: Zunächst die Tat: Aufhebung des Belagerungszustandes, Befreiung des Volkstempels, offener und freier Verkehr mit der bisherigen Politik, die als falsch und verderblich in den Massen immer mehr erkannt wird. Dann können wir über Möglichkeiten und Formen des tatsächlichen Zusammenwirkens reden, Möglichkeiten, die bei günstiger Entwicklung zur Einigung führen können. Nur eine politische Umkehr kann jene Zweifel beseitigen, die in uns bekräftigt werden durch die Rückschau auf die Kriegsschuld der Rechtssozialisten.

„Nur eine Lösung.“

Der Konflikt in Preußen mit dem Zentrum wegen der Aufhebung der Schuldeputation ist „gelöst“. Man hat sich im Interesse der Erhaltung der Mehrheit in Preußen im Staatsministerium dahin geeinigt, daß die Zusammenlegung der Schuldeputationen — hinausgeschoben werden soll. Außerdem hat sich Herr D a e n i s h veranlaßt gesehen, durch ein Dekret das Zentrum verhältnismäßig zu stimmen. Wie die „Germania“ berichtet, hat das Staatsministerium auf keine Veranlassung am 13. Dezember beschlossen, die beteiligten Staatsbehörden darauf hinzuweisen, daß die preussischen Verordnungen mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht im Einklang stehen und daher außer Kraft gesetzt zu betrachten seien.

Der „Konflikt“ hat also so geendet, wie wir von Anfang an vorausgesagt haben.

Die Erhöhung der Zuderpreise.

In der Sitzung des Reichstags am Sonnabend wurde die Erhöhung der Zuderpreise um 25 R. für den Zentner beschlossen. Außerdem soll eine Erhöhung des Handelszuschlages von 45 Pf. für einen Zentner erfolgen. Der Preis für Rübenzucker wurde auf 150 R. für den Zentner festgesetzt. Die dadurch eintretende starke Verteuerung eines der notwendigsten Lebensmittel wurde im Reichstag für wenig bedenklich gehalten, weil man glaubt, daß man dadurch eine unerminderte Förderung der Zuderproduktion erreichen kann. Von der Aufhebung der Zwangswirtschaft für den Zucker will man jedoch absehen.

Wie wenig diese Erhöhung der Zuderpreise sachlich gerechtfertigt ist, zeigen dauernd die Abflüsse der Zuderfabriken. Heute liegt uns der Bericht der Zuder-Raffinerie Halle vor, der darüber sagt, daß das Unternehmen unter wiederholten Streiks, unter den Folgen von Arbeitsunlust und Agitation, unter unregelmäßiger Zufuhr und schlechter Beschaffenheit der Rohstoffe wichtiger Hilfsstoffe gelitten habe. Trotzdem schlägt die Verwaltung außer erheblichen Abschreibungen noch die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent vor. Den Zuderfabriken geht es also auch ohne Preiserrhöhung recht gut, um so weniger

gerechtfertigt erscheint und deshalb die Erhöhung der Preise gerade bei diesem Lebensmittel, durch die die Lebenshaltung der Massen weiter bedenklich verschlechtert wird.

Eine Abjage an Scheidemann.

Eine Versammlung aller bürgerlichen Parteien in Götting protestierte einstimmig gegen die Wahl von Scheidemann zum Oberbürgermeister von Kassel und appellierte an seine Einsicht, daß es bei einer geschlossenen Gegnerfront des Bürgerturns ratsam sei, auf die Annahme dieses Postens zu verzichten. Der Protest wurde damit begründet, daß Scheidemann wohl nicht genügend kommunalpolitisch geklärt sei, um das Amt eines Oberbürgermeisters zu bekleiden. Auch behindere die parlamentarische Vertretung die volle Ausfüllung des Postens.

Nun wird sich Scheidemann, falls er den deutlichen Willen des Kasseler Bürgerturns versteht, schließlich nach einem anderen Posten umsehen müssen. Gossentlich wird bald ein Ministerposten dastehen.

Citwinoff zur Abjahnung des russischen Friedensangebotes.

Aspenhausen, 14. Dezember. Citwinoff erklärte zu der Weigerung der blosigen Ententegegenden, von dem Friedensangebot Kenntnis zu nehmen, gegenüber einem Vertreter der Zeitung „Sozialdemokraten“, daß er die Weigerung nur als eine Formalität ansehe. „Die Frage ist ja nicht“, fuhr er fort, „was ich oder die Sozialdemokratie will; denn es ist klar genug, wir wollen Frieden haben. Die Frage ist allein: Will die Entente der Frieden? In diesem Falle erhalten wir wohl eine Entscheidung in der einen oder anderen Weise. Es besteht kein Zweifel, daß die amerikanischen, englischen und französischen Arbeiter Frieden haben wollen. 1918, bevor die französischen Arbeiter ihre Gesandten aus Rußland zurückgezogen hatten, forderten wir durch den norwegischen Gesandten die Entente auf, mit uns in Friedensverhandlungen einzutreten. Sie erließen ebenso wenig eine Antwort hierauf wie auf die anderen Friedensvorschlüsse.“

Unseretwegen braucht sich die Entente nicht zu beeilen. Wir haben trotz der Blöße zwei Jahre ausgehalten und können noch zwei Jahre aushalten. Die Lage wird für uns immer besser, da auch die Bauern sich immer mehr uns anschließen. Eine Einsetzung der Nationalversammlung in Rußland ist zur Zeit unmöglich. Ganz gewiß ist nicht die Mehrheit der Einwohner Rußlands bolschewistisch gesinnt. Aber ich bin überzeugt, daß die Mehrheit der russischen Bevölkerung für das Sozialistischem ist. Die Verhandlungen über die Kriegsgefangenen machen gute Fortschritte, und ich glaube bestimmt, daß wir zu einem Ergebnis kommen werden. Vorläufig möchte ich nur die Rückkehr der englischen Delegation von London ab-

Rückzug der roten Armee aus Kiew.

London, 15. Dezember. Aus Odessa wird gemeldet, daß das rote Heer sich wieder aus Kiew zurückgezogen habe. Denikin's Heer soll in östlicher Richtung aufmarschieren.

Der Streik der englischen Eisengleiser, der seit acht Wochen andauert, geht seinem Ende entgegen. Es stehen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bevor, die eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit erwarten lassen.

Das neue polnische Kabinett ist nun in folgender Zusammen-
sammensetzung gebildet: Präsident: Landtanabab. Staatsminister: Woljelschowski; militärische Angelegenheiten: Generalleutnant Lesniewski; Finanzen: Landtanabab; Graf; Kultur und Unterricht: Popuzanski; Minister für die früher preussischen Gebiete: Landtanabab. S d a n. Die Ernennung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten kam bis zu ihrer Ernennung wird Dr. Wroblewski mit der Leitung dieser Ministerien betraut werden.

Wanderung eines Arbeiters.

Von Willb Meig.

Ich wohne im äußersten Norden der Stadt. Wenn ich zum Fenster hinausblicke, habe ich oft das bellende Gesehül, als ob die graue Masse der Weidbärerinnen, die sich von weiten Augen aufnahmen, immer näher und näher käme, als ob sie mich erdrücken wollte.

Es ist keine Freude, aus solchem Fenster zu schauen. Manchmal kommt ein Leierflöten in den Hof; wir dringt solch ein Leierflöten keine Freude, aber ich freue mich über die Freude, die er den Kindern bringt. Proletar erfindet. Ein und wieder höre ich dann wohl auch die Stimme einer jungen Mutter und zuweilen ein herzliches Lachen. Das ist die einzige Fröhlichkeit, die mich umgibt. Ein Tropfen Fröhlichkeit in einem Meer von Gier, Hunger, Gift.

Und trotzdem, so oft ich mich frage, welches ist wohl der Sinn des Lebens, ich finde in einem Leben ohne Fröhlichkeit keinen Sinn.

Der Sinn des Lebens ist: Arbeit!

Ein armer, mit Blindheit geschlagener Nachbar forderte mich einmal auf, mit ihm die Fröhlichkeit zu suchen; ich mußte ihm voraus, daß sein Weg ein Irrweg war, aber ich gab seinem Bedrängen nach und ging dennoch mit.

Er führte mich in eine Kneipe. Die zahlreichen Gäste gehörten dem Arbeiterstande in ihrer Mehrheit an. Man lernte ihn bald ein Best. Im Hinterraum wurde Klavier gespielt. Ein Komiker trug seltsame Sachen vor:

„Wir sind die Kunstgenossen von der A. G. G. Wenn wir acht Stunden puzen, dann tun uns die Knochen weh, und puzen wir einmal acht Tage lang, dann sind die Kunstgenossen blüh-blant.“

Das war gemiß originell, aber der Komiker, in den der ganze Chorus einstimmt, dann hier aus gewissen Gründen nicht wieder gegeben werden.

Ich ließ meinen Kopfsteck allein und entfernte mich.

Gegenüber befand sich ein Kino. In dem gelben Lichtkegel, den eine Vogelkammer auf die dunkle Straße warf, stand eine junge, werdende Mutter. Auf ihrem Haupte lag eine schimmernde, schwarzbraune Krone.

Es güt junge, proletarische Mütter, die ihren schönsten Schmuck der Ehre überliefern, um ihren Kindern Brot zu kaufen. Daß hat man noch nie in einem Kino gesehen.

Ich bog um die nächste Straßenecke. Da war wieder ein Kino. Große Plakate, mit einem schwarzglänzigen, spitzartigen Gesicht, wegen die Inschrift:

„Kleopatra, Königin Ägyptens.“

Ein junges Mädchen sagte zu seinem Begleiter: „Komm, der erklärt hier so schön.“ Und sie gingen hinein. Ich hinterdrein.

Es herrschte atemlose Spannung in dem Raum, irgendwo läute eine metallische, tiefe Stimme und auf der Leinwand glitzerte eine eigenartige Phantasiegebilde.

Die Stimme sprach: Die letzte Dornen auf dem Wege einer Königin“, mochte eine Pause und erklärte dann weiter.

Einen Moment schloß ich die Augen. Der Torsall des Erzählers kam mir so bekannt vor. Auf einmal fiel es mir ein: Das war ja der Moritarsänger auf dem Jahrmarkt meines Heimatstädtchens! Und ich dachte bei mir: Also hier treff ich dich wieder, alter Freund, ich dachte, du bist längst tot.“

Die Königin sprach bald darauf unter den Händen dieses Mannes einen gräßlichen Tod. Das elektrische Licht flammte auf, ein beständiges Aufatmen ging durch die Menge, und ich schaute in vor Erregung gerötete Gesichter. Ein kritisches Wort habe ich nicht gehört und ich glaube, daß die „letzte Dornen“ außer der Königin niemand in die Ferne geschoben hat, und sagte ganz laut, ohne daß ich es eigentlich wollte: „So ein Quatsch!“

Alle Augen richteten sich auf mich, was machte mich mit offenem Munde an; ich reichte dem Erzähler, der mich darauf aufmerksam machte, daß die Vorstellung noch nicht zu Ende sei, so unbedachtlich die Hand mit den Worten: „Ich habe das nächste Stück schon vor zwanzig Jahren gesehen.“

Im Vorausgehen hörte ich noch: „Der hat mindestens 'n Klapp.“

Im nächsten Hause war wieder ein Kino: „Die weiße Hand“ wurde dort gespielt. Im nächsten Strohhengung wieder eins, dort spielte man: „Die Spaden“. Umweh der Schönhauser Allee gab man sonar „Dantes Höhe“. Im Vorübergehen empfand ich die ganze Widerwärtigkeit einer schamlosen Akerkunst, ich spürte so etwas wie Brechreiz und es beherrschte wirklich einiger Energie, die Gedanken von den durs und durch unlogischen Handlungen, von den aufregenden Darstellungen abulenken.

Es war kühl geworden, ich schlug den Kopf nach hoch und wandte mich nach Hause. In der Weidemannstraße beugt der Sturm, Rahe der Kirche standen zwei Männer, die eifrig disputierten und meine Aufmerksamkeit auf sich lenkten, und als ich hinzutrat, trat ich zwei alte Bekannte: Christus und Seine.

„Kug ich war ein Kommunist“, sagte der Holland, „darum schlug man mich ans Kreuz.“

„Und ich war ein Vellehäter“, sagte der Säger, „darum hielten mich die Pfaffen einen gottlosen Schwär.“

„Und ich suche die Fröhlichkeit“, warf ich beiseiten ein, „aber ich kann sie nirgendwo finden, sie ist der Menschheit völlig abhanden gekommen, den Reichen sowohl wie den Armen. Es ist eine rasende Meer in den Menschen; einer will immer mehr haben als der andere, einer will immer besser leben als der andere, weil der Kapitalismus in ihre Äpfeln und in ihrem Herzen ist, und darum können sie nicht fröhlich sein.“

„Hörte Zuberlicht“, entgegnete der Gekreuzigte, „ein Sturm wird kommen über die Wucherer und Spieler, ein furchtbarer Sturm, der sie vom Erdboden hinwegweht, denn der jüngste Tag ist nahe, und die Vögel werden der Fröhlichkeit werden erschollen von Kambodja bis Anga Yaguena, von Tasmanien bis Schottland, von Patagonien bis Madia. Aber ein Kurzwe, die Zeit erfüllt sich in allem, wie es geschrieben steht. Ob sie hinaus in alle Welt und sage es allen Völkern und taufe sie im Namen der Freiheit, der Wahrheit, der Gerechtigkeit, Amen.“

Schrad's und entschwand.

„Komm“, sagte der Richter, „ich will gehen, dort hinter der Schrift steht eine Areatur und spürt das gottlose Maul, um nach der Polizei zu pfien.“

So gingen wir kühelgum nach Hause.

In meinem Zimmer war es kalt und st. A. totentill: Ich hätte den einsamen Schlag meines Bergens, und schließlich kam es über mich mit elementare Gewalt: „Sie sind irrünftig, Sie sind irrünftig!“ rief ich aus, mit höchster Erkenntnis.

„Ja, Sie sind irrünftig, die Menschen“, wiederholte der Ohmsier, „Sie haben den Sinn des Lebens erwü er, die Wahnsinnigen!“

Proletarisches Theater

des Bundes für proletarische Kultur.

„Freiheit“, Schauspiel von Herbert Kranz

Nach der gestrigen Aufführung, die, wie wir und selbst überzeugten, allgemein einen heißen Sturm hinterließ, haben wir einen Genossen aus der Reihe der Arbeiterräte gebeten, sich hier über die unmittelbare Wirkung auf den proletarischen Zuschauer zu äußern.

Die erste Veranstaltung des Bundes für proletarische Kultur in der Philharmonie am gestrigen Sonntag war eine löbliche Tat. Da haben wir mit einem Schloß, was ich als proletarisches Theater, wo man uns kein „Theater“ vormacht. Das ist die Kunst die wir brauchen, die Kunst, die mit den einfachsten und darum wahrhaftigsten Mitteln das widerspiegelt, was wir im Inneren erleben.

Der große Saal der Philharmonie war befüllt voll. 2000 Männer und Frauen. Das einstige Schauspiel, durch die felle Moniekrust eines Korbeitz Martis und das treffliche Spiel der Mitwirkenden lebendig gemacht, schlang ein Band um die Herzen der Schauenden, wogu man dem Dichter gratulieren kann.

Wir waren gekommen als Menschen, als simple, unerschütterliche Menschen, und was wir hören und schauen, war bewußt aggriffen aus der vollen Unvollkommenheit der Menschheit.

Die Parteipresse zum Parteitag.

II.

„Unabhängige Volkszeitung“, Dresden.

Zuerst wird ausgeführt, daß der Wunsch nach Klärung nicht erfüllt sei, wohl aber sei eine weitere Festigung erreicht worden. Die einstimmige Annahme des neuen Aktionsprogramms gebe den deutlichen Beweis, daß die Parteimitglieder nicht grundsätzlicher, sondern tatsächlicher Art seien. Die Verträge, eine stark antiparlamentarische Auffassung darzubringen, hätten einen namenswerten Boden in der Partei. Es wird weiter ausgeführt:

Die von vornherein herrschende stark gereizte Stimmung trat besonders bei der Behandlung des Punktes Internationale in der Erscheinung. Die teilweise sehr ideale Form der Erörterung hätte sicher vermieden oder doch gemildert werden können, wenn alle Delegierten mit der gerade in dieser Frage nötigen Geduld und Entschiedenheit an die Sache hätten herankommen können. Klärung kann man nur durch vorherige sachliche Aussprache, durch Kennenlernen der Gründe und Gegenstände erzielen. Eine sicher nicht kleine Anzahl von Delegierten, sogar aus den Kreisen der Partei, waren aber schon vorher durch einseitige lokale Propaganda in die Irre geführt, daß man wohl von der Bedeutung der Sache sprechen kann. Es ist ersichtlich, daß die Wortführer dieser Gruppe ihre Auffassung unter allen Umständen durchzusetzen verstanden. Obwohl gerade in der Frage die Parteimitglieder wichtige Mitteilungen zu machen hätten, die vorher im Kreise der Partei nicht bekannt sein konnten. Man ließ sich von der Scheinbaren Stärke der Gruppe, die den unbedingten und unmittelbaren Anschluß nach Moskau vertreten, nicht täuschen. Es ist eben auf ihre rührige und systematische, seit Monaten bestehende Agitation zurückzuführen. Die andere Seite hat nicht in dieser Weise gearbeitet, vielmehr die nicht in dem Maße einfließende sachliche Aussprache vorausgesetzt und danach die letzte Entscheidung erwartet. Dieser Vorgang der Vorwegnahme der Entscheidung muß den Genossen für alle künftigen ähnlichen Fälle zur Belehrung und zur Warnung dienen. Das Verhalten Genossen und Genossinnen verstärkt bestehende Gegenstände, kann unbilligerweise, treibt sie auf die Spitze und trägt das ruhige, sachliche Urteil. Den Nutzen davon haben nur die Gegner in der verschiedenen Lage. In diesem Falle sehen besonders die Kommunisten dem Verlauf mit größter Spannung entgegen. Und nicht ohne Grund wohnt der Leiter ihrer Berliner Zentrale, Lenin, dem Parteitag als Hörer und Aufseher bei, wobei eine häufige Rücksprache zwischen ihm und Genossin so auffällig war, daß sie von verschiedenen Seiten der Delegierten kritisch vermerkt wurde.

Der Zusammenhang dieses Vorganges ist dem näher orientierten Genossen klar. Die russischen Volkswirten haben ein besonderes Interesse, die U. S. V. in die dritte Internationale zu bekommen, denn sie ist jetzt schon die bedeutendste sozialdemokratische Partei der Welt. Nicht nur zahlenmäßig, sondern auch politisch. Es dürfte nicht fehlgegangen sein, wenn man annimmt, daß Lenin mit oder ohne Zutritt in die U. S. V. einwirken versucht. Um so mehr, als ein unbedingter Anschluß an Moskau auch von großer Bedeutung für die deutsche Kommunisten sein würde. Und muß aber das Interesse nicht der Partei am nächsten liegen. Und da ist gar kein Zweifel, daß ein Verstoß in diese Richtung die U. S. V. in die Hände der U. S. V. Partei in Frage gestellt haben würde. Die ganze Parteileitung, soweit sie gegen diesen Anschluß war, stellte mit Recht dieses Moment in den Vordergrund und allen in Betracht kommenden Konsequenzen. Fallweise ist, daß die Rechtsrichtung der Kommunisten ernstlich bemüht ist, die sogenannte linke Richtung der U. S. V. zu sich hinüberzuziehen. Wir glauben, daß gerade in diesem wichtigen Punkte der Parteitag gute Arbeit geleistet und Klarheit geschaffen hat. Alle Genossen, die in verantwortlicher Stellung besonders, haben das zu beachten, wenn sie sich nicht nachlassen lassen wollen, daß sie absichtlich den Kommunisten in die Hände arbeiten.

„Hamburger Volks-Zeitung“.

Genosse Wanner schreibt: Der Parteitag der U. S. V. sollte zeigen, ob die Revolution noch lebt, ob die Sache des Proletariats noch hoffen läßt. Nicht unerwartet hat die Hamburger Zeitung, in die Reihen der U. S. V. getrieben. Die U. S. V. die gerade diese Partei bis ins kleinste betriebl. hat durch die Besichtigung einer derart glänzenden Bestätigung erfahren, daß das

Zusammen: Menschen erleiden den Tod, weil sie im Kriege die Waffen niederlegen.

Dies ist das tragische Moment des Stückes und davon wird es durch den Dichter getragen von Anfang bis zu Ende.

Retur Holischer, sprach einleitende, warme Worte, ich glaube aber, daß Prolog und Epilog, sofern sie nicht Schwandstücke eines Stückes sind, nur störend wirken.

Anfang Komödie sollen die regelmäßigen Aufführungen beinhalten. Das Theater will vor ganzen Betrieben und Kommunalitäten spielen. Arbeiterkräfte als Vertreter der Betriebe mögen die nächste Vorstellung am Sonntag besuchen und sich mit dem Wunsch für professionische Akteure wegen der Bekämpfung der Aufführungen für die folgenden Sonntage sobald wie möglich in Verbindung setzen.

„Göh von Berlichingen“ in der Volksbühne.

Friedrich Schiller spielt den Göh nicht zum erstenmal, und nicht zum erstenmal wird ihm gesagt, daß er dem Verlichingen mit der eisernen Hand mehr als gewachsen ist. Er wird dem Menschen und dem Helden, dem Lebendigen und Sterbenden gleichgemessen gerecht und wickelt sich mit all seiner Reife in dieser Gestalt aus. Die Aufführung war darum nicht mit Unrecht schauspielerisch ganz auf ihn eingestellt. Was neben ihm hand, verblähte, wenn auch Frau Hedmer, die Hausmutter auf Verhauen, derb deutsch durch die Burggenossen stritt und sprach. Schon mährischer war die Redeweise der Maria Magier, mährischer der Perse Klischee, und nur der Festig Guido Herzfelds hob die Darstellung noch über das Niveau der Bühnen deutscher Mittelstädte.

Vielleicht trägt die Schuld an dieser Wirkung der Bearbeiter des Göh, Friedrich Schiller, der aus Goethes Heldenschauspiel ein Familienstück gemacht hat. Vielleicht noch schuldhafter ist dann aber die völlig mangelnde Regie. Zwar zeichnet Paul Wegland als verantwortlicher Regisseur, aber auch Karl Josob Dirck steht auf dem Theatergetriebe als schuldig für die Bühnenleiter, die zum größten Teil aus der ältesten Akquisitionskammer der Volksbühne, wenn um des Spielers willen das Spiel zu kurz kommt. Der brausende Beifall, der Schiller am Schluß mit vollem Recht spendet wurde, möge ihn nicht darüber täuschen, daß er noch Aufgabe unerfüllt ließ, die erfüllt werden müssen, wenn die Volksbühne nicht zur Schillerbühne werden soll.

U. S.

Morgenfeier der Dramatischen Gesellschaft.

Karl v. Helner und Wolfgang Göh im Kleinen Theater.

Karl von Helners Märchenstücke haben ihren Erfolg in der Provinz gehabt. Auch sein „Gewalter Tod“ ist bereits erfolg-

Professariat in dem Grundrissen und der Falsch der Unabhängigen Sozialdemokratie die zuverlässigste Garantie nicht, den Kampf zwischen Kapital und Arbeit zum Endzweck führen zu können. Die U. S. V. übertrug aller Leistungen von rechts und aller Beschränkungen von links das Gesamtbedenken aller sozialpolitischen Elemente. Die U. S. V. hegt es für ihre historische Aufgabe, die Kampfbühnen im Kampfe gegen Kapitalismus und Reaktion zu sein und zu bleiben.

Genossin merkt auch aus ihrem Rechen heraus Vorwürfe gemacht worden, die Ziele in revolutionären Entschlossen zu vermissen und die proletarischen Massen auf das unfruchtbare Gebiet der bürgerlichen Demokratie hinüberzuführen, indem man die einzig wahre Waffe, die Diktatur des Proletariats, durch allerlei Kathederweisheiten abguschlachten suchte. Auch innerhalb der U. S. V. wurden bürgerliche Ideologen, Reformsozialisten und Revisionisten das Proletariat von dem revolutionären Kampfboden wegzuweisen. Auch in weiteren Rechen bemühte man sich, den Genossinnen, dem bürgerlichen Revisionismus und dem ganzen arbeiterschaftlichen Verwaltungsapparat dieses Klassenkampfes einen Wert beizulegen, der allen diesen Instrumenten der bürgerlichen Willkürherrschaft im Vertriebskampf des Proletariats weh und schmerz zuführte. Man sah in diesen Rechen nicht nur die Unmöglichkeit der Aufhebung der Massen im revolutionären Kampf, sondern auch die Unmöglichkeit der Massen zu halten und weiter zu führen. Die planlose, durch den bürgerlichen Revisionismus von Sozialismus losgerissene, genossin, die sich auf den Boden der bürgerlichen, der bürgerlichen Demokratie stellen und die Diktatur ablehnen. Dabei blieb es nicht aus, daß die Straße der proletarischen Massen durch solche Manipulationen gespickert und von dem letzten Endzweck abgelenkt wurden.

Dies hat mit der Propaganda Partei eine grundsätzliche Klärung gebracht und ganz besonders die an ihm geschäftigen Genossinnen erfüllt.

Mit einer Deutlichkeit, die herzerfröhlich wirkt, sagt es das neue Aktionsprogramm, daß die U. S. V. sich in diesem Kampfe um die politische Macht nicht nur planmäßig und systematisch der revolutionären Genossinnen, der proletarischen Massenorganisation, sowie aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel bedient, sondern in der Kampfmittelrevolution das vornehmste und entscheidende Kampfmittel sieht.

Und hier wird auch der Streik nach Platz gezogen. Die unabhängige Sozialdemokratie verlangt gewalttätiges Vorgehen einzelner Gruppen und Personen und sieht ihr Ziel nicht in der Vermeidung von Konfliktsituationen, sondern in der Vermeidung des sozialistischen Entschlusses. Dazu kommt noch eine Forderung, in seinem Rechen zur Internationale, daß der Syndikalismus nie und nimmer zum Sozialismus führen kann.

Das Programm nimmt also mit allen Vorbehalten und Unklarheiten nach rechts und links auf und schafft sich sichere Deckung. Dennoch dürfte es für denjenigen, der sich auf den Boden dieses reichhaltigen Aktionsprogramms stellt und sich zur Debatte des Proletariats bekennt, in der Frage der Internationale mit besonderer Lust zur Lösung geben: ein klarer, unangenehmliches Verlangen zur Dritten Internationale.

Aus der Partei.

Die Plauerer Parteigenossen zum Parteitag.

Die U. S. V. Plauerer hat in einer starkbesuchten Parteiverammlung den Bericht über den Parteitag entgegengenommen, sich mit der Haltung ihres Delegierten einverstanden erklärt und nach mehrstündiger Debatte ihre Meinung über das Ergebnis des Parteitages in folgender, mit allen gegen sieben Stimmen angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht:

Die Versammelten nehmen mit Bedauern Kenntnis von dem Auftreten der linken Gruppe, das der Würde des Parteitages und den Interessen der Gesamtpartei nicht entspricht. Den Beschluß zur Frage der Internationale kann die Versammlung nicht bekräftigen. Besonders dient der Beschluß der angenommenen Resolution nicht der Förderung der sozialen Weltrevolution, der davon spricht, daß der Anschluß der U. S. V. Deutschlands an die Moskauer Internationale ohne weiteres erfolgen soll, wenn der Zusammenschluß mit den sozialrevolutionären Parteien des Westens nicht gelingt. Im Übrigen sprechen die Genossinnen und Genossen aus, daß sie mit Hilfe des Ergebnisses des Parteitages alles versuchen wollen, unsere Parteibewegung normiert zu bringen, um die proletarische Klasse ihrem sozialistischen Kampfziel entgegenzuführen.

reich gespielt worden. Eine Legende ist es, ein Bild Märchen, einfach, schlicht, warm von Herzen; es hat den Duft der Kinderstube und den lieblichen Glanz der Kinderwelt. Nach wie her aber ein Märchen gewickelt, wenn es mit Pathos vorgetragen wurde. Wenn keine Einfachheiten mit großer Weite hingestrichelt werden. Das ist aber im Kleinen Theater geschehen, und darum ist dem „Gewalter Tod“ das Echo vorlaut geblieben, das es anders wohl hätte finden müssen. Was die Waise Margarethe zwischen den Eltern schuf, das hat die Spieltheater Dr. Günther Bodas durchaus verwirren lassen. Sie unterstrich, was dem Dichter fehlte und sich fehlte, was er betonte: das Märchen ist groß und klar. Auch die Schauspieler kamen so in Dissonanz zu der Legende, in dem ganz nur Guido Herzfeld als armer Mann Märchengestalt war, während Ludwig Wälfner als Gewalter Tod zwar sein Wesen gab, das nicht das Beste für Helner war. Willi Kaiser, als der Arzt und Todesrate, hielt eine mittere Rede, die immerhin nichts gelidete. Berlin hielt Raum und Wort ein Herz für ein Märchenstück. Aber es ist irreführend worden vom Spiel, das ihm äußerlich Dinge vorpiegelte, die innerlich nicht gegeben waren.

Wolfgang Göh, Smaller aus der 48er Revolution „Das Wunder“, ein Spektakel auf eine Volkserhebung, steht jenseits des literarischen Lustspiels. Ohne Ida Orloff als im Bademantel gekleidete, mit allen Reizen lockende Schauspielerin Bieder hätte es kaum so viel Leben gekostet. So wurde es zu einem Pikturmalerei ohne doch des Publikum recht eigentlich merkte, welchen Dingen das Boden paßt. „Das Wunder“ war Ida Orloff, und Göh muß ihr danken, daß sie ihm das Wunder dieses Sonntagserfolges schenkte.

„Die Nutzbahn“, Heinz Gordons andauernd schon erprobter Scherz, beinahe mit dem Versagen in der Theorie ist das Publikum im Theater der Friedrichstadt. Man sieht, es geht auch ohne die „visanten“ Smaller und gelacht wird herzlich als sonst, einmal die Darstellung den famösiösen Schmarren scheidet herunterzuwerfen.

Die Trübsinn, in der bei abgebrochenem Spielplan, absichtlich wieder „Die Wandlung“ gegeben wird, bezaugt für Anfang nächster Woche Wälfners „Frankiska“ vor in der Regie Eugen Roberts, der in die Direktion eingetreten ist.

Colin in Berlin. Bei dem vom Bund Neues Vaterland am morgigen Dienstag im Dorenbauße veranstalteten Vortragabend, war der französische Redner Paul Colin aus Paris von Professor Albert Einstein begrüßt worden. Colin spricht in französischer Sprache über das junge internationale Frankreich. Seine Worte werden von René Schiller ins Deutsche übertragen. Vor dem Vortrag ließ Alexander Moissi den Ruf des „Clarté“ vor.

Gewerkschaftliches.

Zur Tarifbewegung der Bureauhilfskräfte der Magistrate.

Es dürfte in der Öffentlichkeit noch unbekannt sein, daß der Streik der Bureauhilfskräfte von diesen abgebrochen wurde mit der bestimmten Erwartung, daß ihre gerechten Forderungen noch einmal Gegenstand der Verhandlungen sein würden. Seitens fast aller Vorortgemeinden wurde diesem Verlangen auch Rechnung getragen, indem sie bereit waren, mit der Organisation der Angestellten durch den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin nachmals eine Entscheidung herbeiführen zu lassen. Wochentag gingen die Kompetenzstreitigkeiten bezüglich des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin hin und her. Als man jetzt glaubte, eine Einigungsbasis gefunden zu haben, ist es der Magistrat Berlin, der von seinem Herrenstandpunkt aus erklärt, die getroffene Vereinbarung für sich nicht anzunehmen und nur in Beratung über den Wandel einzutreten, während die Bekleidungsfrage für ihn als erledigt gelten. Dieses angesichts der sich immer mehr steigenden Lebensmittelpreise und der hohen verabschiedeten Beamtenbefoldungsreform! Die Angestellten bzw. die Organisationen wollen hieraus die nötigen Schlüsse ziehen und sich in keiner Weise vom Berliner Magistrat von ihrem berechtigten Standpunkt abbringen lassen und die ihrerseits erforderlichen Schritte in die Wege leiten.

Streik bei H. Wertheim.

Genossin heißt sind 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen — Landarbeiter, Feiger und technische Angestellte — der Firma H. Wertheim in den Streik getreten. Die Streik ist verursacht durch die Forderung einer Gewerkschaftsbefreiung, die die Streikenden gefordert haben.

Groß-Berlin.

Konferenz von Gemeindevertretern der U. S. V. Groß-Berlins.

Eine Gemeindevertreterkonferenz unserer Partei beschloß sich am Sonnabend mit dem der Preussischen Landtagsversammlung vorliegenden Gesetzentwurf, der die Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin vorschlägt. Der Regierungsentwurf kommt verschiedenen früher geäußerten Wünschen entgegen. Es seien wie der Referent Gen. Leid darlegte, einige Gemeinden neu hinzugekommen, so Allen's-Markdorf, Friedrichshagen und andere Orte. Den Anregungen, die Wähler des Provisoriums voll in Groß-Berlin aufzunehmen, könne man wohl Rechnung tragen. Sparsam müsse eingemeldet werden. Unsere Genossen in der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung haben sich neuerdings durch verschiedene neue Momente davon überzeugt, daß es doch geraten sei, in Groß-Berlin aufzugeben. Die Herabsetzung der Zahl der Magistratsmitglieder, wie ein demokratischer Abgeordneter sie fordert, laufe auf die Schwächung der Einheitsgemeinden zugunsten der Gesamtgemeinde hinaus, eher müßte eine Erhöhung der Mitglieder des Magistrats eintreten. Die Bezirke sollen größere Bewegungsfreiheit erhalten. Unsere Genossen sollten sich hüten, den Magistrat über Aufgabe der Selbstverwaltung nachzugeben, da sehr starke persönliche Interessen im Spiele seien. Das beweisen die Bestrebungen, neue Stellen zu schaffen und Anstellungen auf lange Zeit vorzunehmen. Kirchturninteressen dürften für und nicht in Frage kommen. Wo steht bei der Herabsetzung Vorank in 8 Verwaltungsbereiche. Wir müßten alles daran setzen, die Voraussetzungen für ein Arbeiten in großzügiger Weise in unserem Sinne zu schaffen. Für die Lager seien politische Gründe maßgebend, die aus der sozialen Struktur der westlichen Vororte sich erklären, man fürchtet eine Herrschaft der Sozialisten. Uebesehen werden müsse davon, etwa die Arbeiterkräfte in dem Gesetzentwurf zu „verantern“. Mitarbeiter und bürgerliche Gemeindevorstellungen schließen einander aus. Verfassungsfragen seien nachzutragen.

In der Diskussion äußerten sich alle Redner zustimmend und gaben einige Anregungen.

Eine längere Debatte rief die Beamtenbefoldung hervor, wobei lebhaftest Klagen erhoben wurden darüber, daß heute noch in den städtischen Gemeinden Groß-Berlins erhebliche Unterschiede in der Bezahlung gemacht werden, was später nach der Eingemeindung zu großen finanziellen Lasten führen dürfte. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern der Wunsch ausgesprochen, daß die Groß-Berlin Gemeindevertreter über zusammenkommen müßten. Anfang Januar soll das wieder geschehen, da die Schul- und Erziehungsfragen äußerst dringlich erörtert werden müßten. Auch die Steuerfrage soll besprochen werden. Der Vorsitzende Gen. Dr. Rosenfeld betonte, daß es Sache der Genossen sei, mit Anträgen und Anregungen an den kommunalen Ausschuss heranzutreten.

Gegen die Markob-Schande.

Nachträglich gingen uns über die gestrige Protestversammlung gegen das Urteil im Markob-Prozess noch folgende Berichte zu:

Im Waldballa-Theater hatten sich etwa 4000 Personen eingefunden. Hier sprach Genosse Ernst Täumlich. Unter lebhaften Beifallsausbrüchen gestellte er das Urteil und kennzeichnete es als ein Zusporn des Widerstandes des alten Militarismus mit seinen Gewaltmethoden, die nur noch schändlicher seien als in der wilhelminischen Zeit. Scharf riefte der Redner mit den „Auch-Sozialisten“ in der Regierung, besonders mit Noke, ab, die zur Schande des internationalen Sozialismus sich nicht schämen, das sozialistische Firmengeld vor den neu-militaristischen Geist in dem „freiesten“ Staat der Welt zu stellen und ihn damit zu bedecken.

Wiesenwerder. Im „Vergleich“ hatten sich mehrere hundert Genossen und Genossinnen des Bezirkes Hohenstaunders versammelt, um gegen das Urteil im Markob-Prozess zu protestieren. Genosse Petich ging in seinem beifällig aufgenommenen Referat besonders auf die Märzämpfe ein und schilberte die Provokationen und Verbeugung gegen die Volksmarine-Division durch die Reichswehr und bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts“. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde von den Versammelten die Revision des Urteils und Abschaffung der Militärjustiz verlangt.

Geschlossen

bleibt um zugshalber vom 24. Dezember bis 2. Januar die Buchhandlung des „Freiheit“

Unsere Geschäftsfreunde bitten wir hiervon Kenntnis zu nehmen, da während dieser Zeit nichts geliefert werden kann

Zum Spandauer Kriegsbeschädigten-Mord.

Dieses Vergehen der Spandauer Kriegsbeschädigten, das von dem Zentralarbeitsrat wie von der gesamten Arbeiterschaft des Reichs...

So lautet der Schlußsatz des von schon gefennscharen Angehörigen des Reichs...

Wie schon der Vorgang in dieser Wolff-Meldung ganz entsetzt und geschockt...

Der Zentralarbeitsrat mag sich vielleicht hinter die Revolverhelden stellen...

Wie die Arbeiterkassen in dem Reichswort aber in Wirklichkeit denkt...

Die heutige gesamte Pölgenschaft der Spandauer Reichswerke erhebt...

Herrn fordern wir, daß die Regierung endlich Maßnahmen ergreift...

gung von Büchern für nicht geleistete Arbeit ein Ende zu machen.

Die Versammelten fordern von den Ständigen dieses Systems, also der Hauptverwaltung...

Mit dieser Stellungnahme der Spandauer Arbeiter in dem Reichswort...

Prüfungen zur Aufnahme in höhere Lehranstalten.

Es finden demnächst mehrere Prüfungen hochbegabter Schüler und Schülerinnen statt...

1. Soldner Gemeinderäte aus der I. Klasse...

Der Lehrgang der Förderklassen des Städtischen Gymnasiums...

2. Soldner Gemeinderäte aus der II. Klasse...

3. Eine künstlerische und eine technische Prüfung...

Gebäude und Zulassung zu vorgenannten Prüfungen...

Ein Parteivortragsabend...

stets in Ehren halten. Die Trauerfeier und Einäscherung...

Lebensmittelkalender.

- Milchfleisch. 1. In den Verkaufsstellen und beim Konsum...

Brot. Groß Berliner Lebensmittelkarte: 125 Gr. Haferslocken...

Lebensmittel. Am Dienstag: 1 Pfd. Hülsenfrüchte...

Zegel. Auf Abschnitt 104 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte...

Was den Organisationen.

18. Briefing (I., 2. und 3. Abteilung). Dienstag, den 18. Dezember...

Bereinstellkalender.

Freie sozialistische Jugend. Dienstag, den 18. Dezember...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands...

Herrenmaß - Branche! Mitglieder-Versammlung!

Zähne mit echtem Friedenskauschuk von 1/2 Mark an.

Spezial-Behandlung. Geschlechts, Ha- u. Haut-, Frauenleiden...

Künstl. Höhensonne. Veranlassung durch ärztliche Empfehlung...

Kunstl. Höhenbäder. Veranlassung durch ärztliche Empfehlung...

Gartenverkauf. Prima, gute, billig...

Gartenverkauf. Prima, gute, billig...

Gartenverkauf. Prima, gute, billig...

Gartenverkauf. Prima, gute, billig...

U.S.P.D. Lichtenberg. Gustav Klem...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

U.S.P.D. Lichtenberg. Albert Gehrich...

Chaiseloungues... Möbel...

Wohnungsrichtlinie... Möbel...

Chaiseloungues... Möbel...

Chaiseloungues... Möbel...

Chaiseloungues... Möbel...

Chaiseloungues... Möbel...

Chaiseloungues... Möbel...

Chaiseloungues... Möbel...

Chaiseloungues... Möbel...

Chaiseloungues... Möbel...

Kupfer! Messing! Platin!

Messing! Kupfer! Platin!

Platin! Kupfer! Messing!

Kupfer! Messing! Platin!

Platin! Kupfer! Messing!

Kupfer! Messing! Platin!

Platin! Kupfer! Messing!

Kupfer! Messing! Platin!

Platin! Kupfer! Messing!

Kupfer! Messing! Platin!

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Photowerkstatt... Spezial-Druck...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

Doktor Dr. med. G. R. ...

WEIHNACHTS-PRÄMIE für die Abonnenten der 'FREIHEIT'...

Optiker Dase...